

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Herr Schreiber
Frau Dormann
Frau Prizebilla-Voigt
Herr Flachmann

Dezernat 5
Amt für Schule
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gäste

Herr Schwentker
Herr Dr. Schäfer-Willenborg

Jobcenter *Arbeitplus* Bielefeld

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 31. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.08.2012

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.08.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Punkt 2.1 Sonderprogramm zur Förderung der Offenen Türen

Herr Epp teilt mit, dass die Landesregierung wiederum ein Sonderprogramm zur Förderung der Offenen Türen in Höhe von 2 Mio. € aufgelegt habe. Insbesondere verweist er auf die kurze Antragsfrist bis zum 10.10.2012.

Punkt 2.2 Weltalphabetisierungstag

Frau Brinkmann verweist auf den Weltalphabetisierungstag und eine hierzu in Bielefeld stattgefundenene Veranstaltung.

Sie bittet die Verwaltung darum, dem JHA die von der Uni Hamburg herausgegebenen Ergebnisse der „leo. - Level-One Studie“ als Anlage zum Protokoll zur Kenntnis zu geben.

Punkt 2.3 Steuerpflichtigkeit von Kindertagesstätten

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs in München, wonach Kindertagesstätten nicht von der Körperschaftssteuerpflichtigkeit befreit werden dürfen. Bielefeld dürfte nach erster Auffassung nicht betroffen sein, da die Körperschaftssteuer

auf eine Gewinnerzielung abzielt. Eine Gewinnerzielung sei bei Kitas grundsätzlich nicht gegeben.

-.-.-

Punkt 2.4 **Jahresbericht 2010 - 2012 der Ev. Jugend**

Frau Voigt verweist auf den ausgelegten Jahresbericht 2010 - 2012 der Evangelischen Jugend Bielefeld.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Punkt 3.1 **Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Erfahrungen mit den Clearing-Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4676/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die Tischvorlage „Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Erfahrungen mit den Clearing-Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bielefeld.

Zur Belegungssituation beantwortet Herr Epp die Anfrage insofern, als bisher 99 minderjährige Flüchtlinge aufgenommen wurden, für die die Stadt Bielefeld zuständig war. Darüber hinaus wurden ca. 40 Jugendliche in den 5 Einrichtungen untergebracht, für die auswärtige Jugendämter zuständig waren.

Das durchschnittliche Lebensalter zum Zeitpunkt der Aufnahme liegt bei 15,8 Jahren.

Von den insgesamt zur Verfügung stehenden 80 Plätzen sind zurzeit 71 Plätze belegt.

Bei den Herkunftsländern ist eine Veränderung eingetreten. Kamen die Flüchtlinge im letzten Jahr schwerpunktmäßig aus Pakistan, Afghanistan, Iran und Irak, so handelt es sich derzeit um die Länder Kenia, Nigeria, Simbabwe, Sudan und Türkei.

Zu den weiteren Punkten der Anfrage

- Qualität der Betreuung
- Verweildauer
- Zusammenarbeit mit anderen Ämtern bzw. Behörden
- Refinanzierung

kündigt Herr Epp eine Vorlage für die November-Sitzung an.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 5 **Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am
Arbeitsmarkt**

Herr Schwentker berichtet aus Sicht des Jobcenters Arbeitsplus über die Auswirkungen der Instrumentenreform auf die Jugendlichen in Bielefeld. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Anzahl der jungen Menschen mit einem Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II um 5,9 % gesunken. Der Anteil der Jugendlichen mit erhöhtem Förderbedarf stagniere jedoch.

Herr Dr. Schäfer-Willenborg beschreibt aus Sicht der Träger die aktuelle Situation im Hinblick auf die Arbeitsmarktreformen.

Er bedauert, dass die Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Träger vor Ort aufgrund der zentralen Steuerung sehr stark eingeschränkt sind.

Nachfragen von Herrn Onckels, Frau Häckel, Frau Stillger und Frau Hellweg werden beantwortet.

Herr Adams regt an, das Problem der eingeschränkten Möglichkeiten der Träger vor Ort aufzugreifen, zu beschreiben und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass die soeben aufgeworfenen Fragestellungen und vorgebrachten Argumente bereits über die kommunalen Spitzenverbände und Sozialverbände etc. eingebracht wurden.

Zu Punkt 6 **Entwicklung und konkrete Planung Ausbau U3**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4605/2009-2014

Herr Langeworth bezeichnet den in den vergangenen Jahren vorangetriebenen Ausbau der Betreuungsplätze als eine Erfolgsgeschichte.

Zu der für den Stadtbezirk Mitte angestrebten Ausbauquote von 42,8 % weist er darauf hin, dass einige hierzu aufgeführte Maßnahmen strittig seien. Insofern sei diese Quote mit einem Fragezeichen zu versehen. Für den Fall, dass einige Maßnahmen nicht umgesetzt werden können, sollte die Verwaltung Alternativen bereit halten.

Herr Epp weist darauf hin, dass über die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen hinaus weitere Überlegungen aktiviert werden könnten, falls die eine oder andere Maßnahme nicht realisiert werden könne.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 **Entwicklung des Fachkräftebedarfs für den Bereich der Kindertageseinrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4596/2009-2014

Herr Wendt gibt eine kurze Einführung zur Vorlage und beantwortet die Nachfrage von Frau Hellweg zur Tendenz der männlichen Fachkräfte zur Teilzeitarbeit.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bekräftigt die Aussage in der Vorlage, dass der Einsatz von ungelernten Kräften in den Kitas nicht gewollt sei.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 **Erster Erfahrungsbericht über Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4582/2009-2014

Herr Schreiber und Frau Dormann stehen für Nachfragen zur Verfügung.

Herr Onckels hofft, dass das Projekt weitergeführt werden kann.

Frau Häckel sieht hierin ein wohldurchdachtes und gut umgesetztes Konzept. Sie wirft die Frage auf, wann mit einer Aussage zur Weiterführung dieses Projektes gerechnet werden könne.

Für den Fall, dass dieses Projekt nicht verlängert werden kann, regt Frau Stillger an, sich im JHA rechtzeitig mit dieser Thematik zu befassen.

Beigeordneter Herr Kähler weist daraufhin, dass die Refinanzierung der Schulsozialarbeit nach dem BuT vom Bundesgesetzgeber auf 2 Jahre befristet ist. Auf Bundesebene werde zur Zeit diskutiert, ob über die Befristung hinaus weiterhin Mittel vom Bund zur Refinanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen des BuT zur Verfügung gestellt werden.

Im städtischen Haushalt sei eine Refinanzierung für die Folgejahre nicht

vorgesehen. Sollte eine weitere Refinanzierung durch den Bund nicht gegeben sein, habe somit die Stadt nach derzeitiger Haushaltslage keine Möglichkeit, das Projekt weiter zu finanzieren.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Über- bzw. außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4450/2009-2014

Beigeordneter Herr Kähler erläutert die Hintergründe für die Notwendigkeit einer erneuten Beschlussfassung.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss, wie folgt zu beschließen:

Zur Sicherstellung der bedarfsgerechten Tagesbetreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen werden die Mittel aus dem laufenden Zuschuss der Bildungspauschale sowie aus dem Rücklagenbestand in den Jahren 2012 bis 2014 auch zur Finanzierung der hierfür erforderlichen Baumaßnahmen eingesetzt.

Außerdem werden die im Haushaltsjahr 2012 benötigten Mittel durch Nachbewilligung bereit gestellt. Gleichzeitig werden die Mittelansätze 2012 für aus der Bildungspauschale refinanzierte Schulbaumaßnahmen dem voraussichtlichen Mittelbedarf angepasst.

Insgesamt werden für das Haushaltsjahr 2012 2.866.557 € über- bzw. außerplanmäßig im Ergebnisplan bzw. Finanzplan bereit gestellt.

Die Deckung erfolgt durch Umschichtungen bei der Inanspruchnahme der Bildungspauschale, der Erhöhung der Entnahme aus der Rücklage sowie durch Mitteleinsparungen im laufenden Haushalt in entsprechender Höhe.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Anerkennung als Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII **Träger: Evangelische Jugend und Schule e.V.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4554/2009-2014

Frau Brinkmann berichtet über die Ergebnisse der Beratungen im Unterausschuss Jugendhilfe.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Der Verein „Evangelische Jugend und Schule“ wird gemäß Antrag vom 04.06.2012 als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII anerkannt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die Sitzung am 07.11.2012 u.a. folgende Themen an:

- Vorstellung der Ergebnisse der Elternbefragung
- Sachstand unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Sachstand Hilfen zur Erziehung an OGS
- Haushalt 1. Lesung

Bielefeld, den 19.09.2012

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)